



NIEDERSCHRIFT

(öffentlicher Teil)

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

| | |
|-----------------|--|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 17.02.2026 |
| Sitzungsbeginn: | 16:04 Uhr |
| Sitzungsende: | 18:14 Uhr |
| Sitzungsort: | Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck |

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Kevin Kleinert - CDU

Dr. Marek Lengen - SPD

Markus Stappen - AfD

Hülya Tac - CDU

Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Ute Czech-Samaratunga - SPD

Vertretung für: Herrn André Marx

Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für: Herrn Peter Schüler

Marilla Meier - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für: Frau Kimberly D'Amico

André Pätou - CDU

Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz

Stefan Höfel - Die Fraktion

Katja Mentz - LINKE & GAL

Rolf Müller - FDP

Kirsten Petersohn - SPD

Paul-Gerhard Röttger - CDU

Beiratsmitglieder

Andreas Offenborn - Beirat für Menschen mit Behinderungen

nur öffentlicher Teil

Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen

bis 17:39 Uhr

Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat

nur öffentlicher Teil

Verwaltung

Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling

| | |
|--|----------------------------|
| Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt | bis 17:40 Uhr |
| Ute Obel - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz | |
| Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz | |
| Bettina Koch - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz | bis 17:34 Uhr |
| Henning Giese-Mumerey - 3.390 UNV | bis 17:34 Uhr |
| Hannes Napp - 3.820 Stadtwald | ab 16:24 Uhr bis 17:40 Uhr |
| Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr | ab 17:00 Uhr |
| Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband | ab 17:00 Uhr |
| Protokollführung | |
| Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3 | |
| Gäste | |
| Gregor Hoppe - Bü 90/DIEGRÜNEN | |
| Daniel Jürß - Die Fraktion | |
| Sören Winzer - LINKE & GAL | |
| Entschuldigte Mitglieder | |
| Mitglieder aus der Bürgerschaft | |
| Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | entschuldigt |
| Jochen Mauritz - CDU | entschuldigt |
| stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü. | |
| André Marx - SPD | entschuldigt |
| Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | entschuldigt |
| Verwaltung | |
| Senator Ludger Hinsens - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung | entschuldigt |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

| | | |
|-------|---|-------------------------|
| 1 | Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen | |
| | | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift | |
| | | |
| 2.1 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2026 | |
| | | |
| 3 | Anfragen / Antworten / Mitteilungen | |
| | | |
| 3.1 | Mitteilungen der Vorsitzenden | |
| | | |
| 3.1.1 | Nächste Ausschusssitzung | |
| | | |
| 3.2 | Mitteilungen der Fachbereichsleitung | |
| | | |
| 3.2.1 | Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung | |
| | | |
| 3.2.2 | Jahresrückblick 2025 | |
| | | |
| 3.2.3 | Messerkontrollen 2025 | |
| | | |
| 3.2.4 | Bericht Sachstand TenneT | |
| | | |
| 3.3 | Beantwortung von Anfragen | |
| | | |
| 3.4 | Neue Anfragen | |
| | | |
| 3.4.1 | Mündliche Anfrage von AM Zahn: Betreten von Eisflächen - Wakenitz | |
| | | |
| 3.4.2 | Mündliche Anfrage von AM Hamer: Kontrolle der Fußwege bezüglich der Schneeräumpflicht | |
| | | |
| 4 | Berichte | |
| | | |
| 4.1 | Konzeptskizze: Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Gewässerqualität in der Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität | VO/2025/14226-03 |
| | | |
| 5 | Beschlussvorlagen | |
| | | |
| 6 | Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft | |
| | | |
| 6.1 | Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität | VO/2025/14000-01 |
| | | |
| 6.2 | AfD: Masterplan Klimaschutz - Aussetzung | VO/2026/14827 |
| | | |
| 7 | Anträge von Ausschussmitgliedern | |
| | | |

| | | |
|-----|---|----------------------|
| 7.1 | AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität | VO/2025/14226 |
| 7.2 | Antrag des AM Rolf Müller (FDP) zur Ausnahmegenehmigung des Einsatzes von Streusalz für Privatpersonen | VO/2026/14888 |
| 8 | Polizeibeirat | |
| 9 | Verschiedenes | |
| 9.1 | Sitzung vom 20.01.2026 | |
| 10 | Ende des öffentlichen Teils | |
| 16 | Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse | |

Öffentlicher Teil:

| |
|--|
| zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen |
|--|

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 20. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Herr Senator Hinsen ist für diese Sitzung entschuldigt.

Die Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Befangenheit:

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Verpflichtung:

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Gregor Hoppe mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Zur Tagesordnung:

TOP 7.2 VO/2026/14888 Antrag des Rolf Müller (FDP) zur Ausnahmegenehmigung des Einsatzes von Streusalz für Privatpersonen wurde zurückgezogen.

Hierzu redet AM Höfel und teilt unter anderem mit, dass er zum Inhalt des Antrages in der Ausschusssitzung eine Frage zur Zuständigkeit des Ordnungsamtes habe.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Es wird gebeten, TOP 7.1 VO/2025/14226 Antrag AM Mentz (GAL): „Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität“ vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 4.1 VO/2025/14226-03 Bericht: Konzeptskizze zur nachhaltigen Verbesserung der Gewässerqualität in der Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Zuordnung zu.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 11 bis 15 en bloc abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der nichtöffentlichen Beratung der Angelegenheiten einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gem. §39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Die Vorsitzende lässt über die Teilnahme von Frau Gercke, Frau Wöhlk, Herrn Napp, Frau Obel, Frau Schäfers, Herrn Köstler sowie den Mitarbeitern der Feuerwehr abstimmen.
Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2026

Frau Matthäus führt aus, dass es zur Niederschrift des öffentlichen Teils über die 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2023 bis 2028 vom 20.01.2026 einen mündlichen Hinweis von AM Zahn gebe.

Unter TOP 3.3.1 seien die Antworten aus der VO/2025/14661-01 nicht in die Niederschrift wiedergegeben. Frau Matthäus teilt mit, dass dies ein Systemfehler sei und die bereits bekannten Antworten aus der Vorlage im Nachgang in der Niederschrift ergänzt werden sollen. Frau Matthäus bittet den Ausschuss, dies in der Niederschrift zur Vollständigkeit ergänzen zu dürfen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden keine weiteren Wortbeiträge zur Niederschrift.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

zu 3.1.1 Nächste Ausschusssitzung

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzung im März aufgrund der Osterferien entfalle. Die nächste Sitzung sei am 21.04.2026 mit Teilnahme des Polizeibeirates geplant.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 3.2.1 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Frau Obel verweist auf den TOP 12.1.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Jahresrückblick 2025

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Präsentation „Jahresrückblick 2025“ des Fachbereiches 3 der Hansestadt Lübeck bereits in der Januarsitzung vorgestellt wurde. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, sei gebeten worden, Fragen dazu im Februar zu stellen.

Frau Matthäus teilt mit, dass AM Zahn informell Fragen vorab eingereicht habe. Zum Teil sei eine Beantwortung nur im Nichtöffentlichen Teil möglich. Es sei beabsichtigt, diese Fragen unter TOP 12.2 aufzurufen.

Frau Wöhlk beantwortet die Fragen von AM Zahn unter Teilnahme der Öffentlichkeit mündlich. AM Zahn bedankt sich für die Antwort und bittet, sowohl die Fragen als auch Antworten schriftlich zur Niederschrift beizufügen.

Frau Lietzke (Seniorenbeirat) stellt eine Frage, die inhaltlich nur im NÖT beantwortet werden könne.

Anmerkung zur Niederschrift:

Frage AM Zahn:

Zwei weitere für die Ausländerbehörde beantragte Stellen für die Einbürgerung wurden in der Haushaltssitzung 2025 versagt. Wie ist mit der gerichtlichen Entscheidung, innerhalb von 2 Jahren zu entscheiden, umzugehen? Gemäß Bericht beträgt die Bearbeitungszeit in der Hansestadt Lübeck zurzeit 3 Jahre?

Antwort Frau Wöhlk:

Die Einbürgerungsbehörde habe nochmals alle Optionen zur Effizienzsteigerung geprüft. Derzeit seien alle rechtlich zulässigen Einsparungen in Prüfschritten ausgeschöpft. Drei Planstellen befänden sich in der Ausschreibung. Eine neue Mitarbeiterin beginne am 01.03.2026 ihren Dienst.

Frage AM Zahn:

Verkehrsüberwachung:

Wie stellt sich die „Auslastung“ der stadteigenen Geschwindigkeitsüberwachungsfahrzeuge dar? Zu welchem Prozentsatz sind diese im Einsatz? Ist es noch sinnvoll, aufgrund geringerer Geschwindigkeitsüberschreitungen, die „Blitz-Anhänger“ weiterhin zu leasen? Könnte die Anzahl reduziert werden?

Antwort Frau Wöhlk:

Durch das Ordnungsamt seien aktuell drei PKW für ortsveränderliche Messungen eingesetzt. Frau Wöhlk berichtet über die Auslastung der Fahrzeuge und ergänzt, dass die Fahrzeuge bereits die maximalen Einsatzzeiten erreichen würden. Die Fallzahlen seien 2025 nochmals leicht gestiegen wobei insbesondere im Bereich der Delikte mit Rechtsfolge Fahrverbot eine eklatante Steigerung festgestellt worden sei.

Der Einsatz der Anhänger erfolge aus fachlich überzeugenden Gründen und sei auch hinsichtlich der Anzahl eine angemessene Reaktion auf den festgestellten Überwachungsbedarf. Gründe der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stünden dem weiteren Leasing ebenfalls nicht entgegen.

Frage AM Zahn:

Waffenbesitzüberwachung:

Gem. Bericht wurden 101 Kontrollen „vor Ort“ durchgeführt. Es wurden Waffenverbote bzw. Widerrufe/Ablehnungen zum Führen von Waffen ausgesprochen.

Wie ist die Gesamteinschätzung, geht der Waffenbesitz zurück?

Antwort Frau Wöhlk:

Frau Wöhlk berichtet, dass der Waffenbesitz leicht rückläufig sei und nennt die Anzahl der Waffenbesitzer der vergangenen Jahre.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Fragen und Antworten zur Kenntnis.

zu 3.2.3 Messerkontrollen 2025

Eine Übersicht der durchgeführten Messerkontrollen 2025 ist der Tagesordnung beigelegt. Frau Wöhlk beantwortet die Nachfrage von AM Hamer.

Auf Nachfrage der Vorsitzende keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.4 Bericht Sachstand TenneT

Die Vorsitzende leitet kurz in das Thema ein, berichtet über den geänderten Bürgerschaftsbeschluss vom 29.01.2026 und übergibt das Wort an Herrn Napp.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Bürgerschaft hat in der Sitzung am 29.01.2026 zu Vorlage 2025/14437-01-01 380/11 KV-Überlandleitung – TenneT folgenden Beschluss gefasst:

Der Bürgermeister wird unter Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 24.07.2025 (VO/2025/14437-01) beauftragt, sich im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der 380/110 KV Elbe-Lübeck-Höchstspannungsleitung für die Überspannung als vorzuziehende Variante des davon betroffenen Lübecker Stadtwalds (sog. „Bartelsholz“) im Vergleich zur geplanten Durchschneidung einzusetzen.

Der Überspannung des Bartelsholzes (Variante 2) wird unter Zurückstellung von Bedenken zugestimmt.

Dennoch bevorzugt die Bürgerschaft als ideale Lösung die Nordumgehung des Bartelsholzes. Deshalb wird der Bürgermeister beauftragt, unverzüglich Gespräche zu führen, um mit den Eigentümern der dafür benötigten Flächen über die Umsetzung ein Einvernehmen zu erzielen. Dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung ist regelmäßig zu berichten.

Herr Napp berichtet über die bisherigen Abstimmungen zwischen der Bereiche Stadtplanung und Bauordnung, Wirtschaft und Liegenschaften, Recht sowie Stadtwald.

Der Bereich Wirtschaft und Liegenschaften habe Flächeneigentümer auf der potentiellen Nordumgehung angeschrieben und zum Teil mit angeschriebenen Landwirte telefoniert. Herr Napp berichtet über die bisherigen Rückmeldungen.

Hierzu reden, zum Teil mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mählenhoff, Herr Schulz (Naturschutzbeirat), AM Mentz, Herr Napp, AM Zahn, AM Röttger.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.4 Neue Anfragen

zu 3.4.1 Mündliche Anfrage von AM Zahn: Betreten von Eisflächen - Wakenitz

AM Zahn teilt mit, dass aufgrund der Temperaturen die Wakenitz zum Teil zugefroren sei. Bürger:innen würden die Chance nutzen, die Wakenitz zu betreten. Ihm sei berichtet worden, dass Mitarbeiter:innen des Ordnungsdienstes die Bürger:innen aufgefordert habe, die Eisfläche zu verlassen. AM Zahn bittet Frau Wöhlk um Auskunft, auf welcher Rechtsgrundlage dies geschehen sei.

Frau Wöhlk beantwortet die Anfrage mündlich. Hierzu redet AM Mählenhoff.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4.2 Mündliche Anfrage von AM Hamer: Kontrolle der Fußwege bezüglich der Schneeräumpflicht

AM Hamer habe festgestellt, dass der Winterdienst auf den Radwegen funktioniere. Allerdings seien die Fußwege teilweise nicht geräumt. AM Hamer fragt, ob diesbezüglich das Ordnungsamt eingreifen könnte. Hierzu reden AM Höfel und AM Zahn.

Frau Wöhlk verweist an die Entsorgungsbetriebe.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Konzeptskizze: Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Gewässerqualität in der Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität
Vorlage: VO/2025/14226-03**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1 und TOP 7.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 7.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung zusammen mit TOP 7.1 abstimmen:
Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Bericht:

Verschiedenste Themen bzgl. einer Verbesserung der Gewässerqualität der Wakenitz, des Erhalts und des Schutzes des Naturschutzgebietes und der Förderung der Biodiversität im Landschaftsraum Wakenitz stehen wiederkehrend im Fokus, so u.a. anlässlich der Sonderausstellung „Unsere Wakenitz – 25 Jahre Naturschutzgebiet“ im Museum für Natur und Umwelt sowie im Rahmen verschiedener Fragestellungen und Anträgen im Ausschuss für Umwelt Sicherheit und Ordnung (USO).

Um diese inhaltlich und maßstäblich sehr unterschiedlichen Fragestellungen zielgerichtet bearbeiten und beantworten zu können, ist es erforderlich den Planungsraum im Gesamten zu betrachten und verschiedene Bausteine bzw. Arbeitspakete zu identifizieren, die sinnvolle Maßnahmen im Hinblick auf das Gesamtziel „Verbesserung“ darstellen.

Mit dieser Zielstellung soll auf der Grundlage der nachfolgenden Skizze ein (Gesamt-) Konzept erarbeitet werden.

| | | |
|----------------------------|-----------------------|---|
| Abstimmungsergebnis | einstimmige Annahme | |
| | einstimmige Ablehnung | |
| | Ja-Stimmen | |
| | Nein-Stimmen | |
| | Enthaltungen | |
| | Kenntnisnahme | |
| | Vertagung | X |
| | Ohne Votum | |

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität

Frau Obel berichtet mündlich über den aktuellen Sachstand bezüglich der Auswertung der Abfrage mit den Nachbargemeinden / Kommunen, zu der noch Antworten ausstehen.

AM Mentz beantragt die Vertagung der Vorlage.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gründung und Einrichtung einer kommunalen Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität zu initiieren.

Damit soll in Lübeck eine Anlaufstelle geschaffen werden, die nach dem Konzept einer „One-Stop-Agency“ aus einer Hand Beratung und Unterstützung anbietet sowie motivierende Beteiligungs- und Informationsformate für Bürger:innen, Unternehmen, Organisationen und Vereine organisiert und lokale Akteur:innen vernetzt.

Bis zur Bürgerschaftssitzung im Juli 2025 soll ein Konzept vorgelegt werden, das den finanziellen Mittel- und Personalstellenbedarf darstellt und Finanzierungsmöglichkeiten durch u.a. Fördermittel aufzeigt.

Sofern umliegende Gemeinden Interesse zeigen, sich an einer Energieagentur zu beteiligen, sollen die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung der Angebote und Aufgaben sowie der erweiterte Personalbedarf aufgezeigt werden.

Einzubindende Gruppen sind weitere Bereiche der Hansestadt Lübeck, Stadtwerke Lübeck, Wirtschaftsförderung Lübeck, Handwerkerschaft, Klima pro Lübeck, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Finanzinstitute, Förder- und Finanzierungsexpert:innen, Hochschulen, bestehende Bürgerenergiegenossenschaften und ggf. weitere.

Zukünftige Aufgaben einer Wärme- und Energieagentur:

- Kampagnen zur Wärmewende und zum Klimaschutz für Bürger:innen und im Gewerbe¹ durchführen
- Beratung für Gebäudeeigentümer:innen zur Wärmewende, zu Klimaschutz und Klimaanpassung
- Fördermöglichkeiten für die Energiewende im Gewerbe² und für Bürger:innen³ aufzeigen und bereitstellen
- Information, Beratung und Unterstützung für die Gründung von Genossenschaften als Betreibermodell von Wärmenetzen in Quartieren, die nicht für den Anschluss ans Fernwärmenetz vorgesehen sind
- Projekte entwickeln und umsetzen, wie z.B.
 - (Quartiers-)Befragungen durchführen und Beteiligungsformate entwickeln, die in Kooperation mit Handwerksbetrieben, Energieberater:innen sowie Förder- und Finanzierungsexpert:innen für Bürger:innen und Gewerbetreibende in den Quartieren durchgeführt werden
 - Organisation von Informationsveranstaltungen wie „Tag der offenen Tür“, um erfolgreiche Musterbeispiele für energetische Sanierungen und Heizsysteme für unterschiedliche Gebäudetypen erlebbar zu machen und zu zeigen, wie Klimaschutzmaßnahmen direkt den Alltag verbessern, z.B. durch geringere Energiekosten
- Einrichtung und organisatorische Unterstützung eines fachkundigen Beirats (bestehend aus Akteur:innen der Zivilgesellschaft, sozialen Trägern, Kirchengemeinden, lokalem Handwerk, Architekt:innen, Wohnungswirtschaft, Mieterbund, politischen Parteien, Umweltschutzorganisationen, Stadtwerke und ggf. weitere) als Netz von Multiplikator:innen zur Verbesserung des Informationsflusses und des Dialogs.

| | | |
|----------------------------|-----------------------|---|
| Abstimmungsergebnis | einstimmige Annahme | |
| | einstimmige Ablehnung | |
| | Ja-Stimmen | |
| | Nein-Stimmen | |
| | Enthaltungen | |
| | Kenntnisnahme | |
| | Vertagung | X |
| | Ohne Votum | |

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

**zu 6.2 Afd: Masterplan Klimaschutz - Aussetzung
Vorlage: VO/2026/14827**

AM Stappen erläutert den Antrag. Hierzu reden AM Mentz und AM Stappen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Antrag:

Der Masterplan Klimaschutz wird bis zum Jahr 2035 ausgesetzt.

In Umsetzung befindliche Maßnahmen werden fortgeführt.

Alternative hierzu ist, die Ziele der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 zu verschieben.

| | | |
|----------------------------|-----------------------|----|
| Abstimmungsergebnis | einstimmige Annahme | |
| | einstimmige Ablehnung | |
| | Ja-Stimmen | 1 |
| | Nein-Stimmen | 14 |
| | Enthaltungen | |
| | Kenntnisnahme | |
| | Vertagung | |
| | Ohne Votum | |

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung lehnt mehrheitlich den Antrag ab.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität
Vorlage: VO/2025/14226**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1 und TOP 7.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 7.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Frau Koch und Herr Dr. Giese Mumerey stellen die Konzeptskizze anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Zahn, AM Müller, Herr Schulz (Naturschutzbeirat), AM Meier, Frau Obel und Herr Dr. Mumerey. Insgesamt werde die Konzeptskizze sehr positiv bewertet.

AM Meier und AM Kleinert beantragen die Vertagung, da noch Fragen offen seien. Die Vorsitzende verweist auf den Haushaltbegleitbeschluss der Rathausmehrheit. Die Verwaltung habe ohne Haushaltsmittel oder Stellengenehmigung keine Handlungsmöglichkeit. Dies müsse die Politik berücksichtigen.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden teilt AM Mentz mit, dass sie einer Vertagung zustimme.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung zusammen mit TOP 4.1 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Antrag:

Die Mitglieder des Umweltausschusses beschließen:

1. Gewässerpflegeplan

Die Hansestadt Lübeck erstellt für die Wakenitz und die auf Lübecker Gebiet liegenden Nebenbäche einen Gewässerpflegeplan. Der Pflegeplan soll Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen enthalten, die für die Erhaltung und Entwicklung bestimmter, gefährdeter Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume erforderlich sind. Hierbei sollen auch die Zuflüsse sowie die Ursachen von Schadstoffeinträgen und die Minimierung in Betracht genommen werden.

Naturschutzgruppen, Landwirte, Vereinigung der Wakenitz-Angler e.V., der Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck Port Authority, die zuständigen Landesministerien Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sollen einbezogen werden, um einen möglichst ganzheitlichen, kreis- und länderübergreifenden Ansatz verfolgen zu können.

2. Monitoring Flora und Fauna

Es wird eine Bestandsaufnahme durch- und ein dauerhaft fortlaufendes Monitoring für Pflanzen und Tiere in dem Lübecker Teil des Naturschutzgebietes eingeführt.

3. Pilotprojekt Schilf

Kurzfristig wird ein Pilotprojekt zur Renaturierung initiiert, und in einem abgegrenzten Untersuchungsgebiet erforscht, wie Schilf wieder dauerhaft an den Ufern angesiedelt werden kann. Damit soll die ursprüngliche Artenvielfalt wieder hergestellt und möglichst erhöht werden.

Bisherige Erkenntnisse, wie z.B. durch das Schilfprojekt der Thomas-Mann-Schule und des offenen Lübecker Labors (LoLa) sowie jahrzehntelange Erfahrungen und Beobachtungen von Lübecker Naturschützer:innen sollen einbezogen werden.

4. Pilotprojekt Renaturierung Niemarker Landgraben

Der Niemarker Landgraben, als Zufluss zur Wakenitz, wird ebenfalls zum Untersuchungsgebiet und Pilotprojekt für eine Renaturierung. Es soll ermittelt und

evaluiert werden, wie hoch die Schadstoffeinträge in und über den Niemarker Landgraben in die Wakenitz durch die Landwirtschaft und ggf. die Deponie Niemark sind und mit welchen Maßnahmen diese verhindert oder mindestens minimiert werden können, z.B. durch Einrichtung und Einhaltung eines mindestens zehn Meter breiten Uferschutzstreifens. Als weitere Maßnahme soll geprüft werden, ob der mit Nährstoffen angereicherte Schlamm (u.a. an der Mündung der Grönau), der teilweise eine drei Meter dicke Schicht bildet, in kleinen Teilabschnitten behutsam mit Saugbaggern entfernt und fachgerecht entsorgt werden kann. Auch soll die Einrichtung einer Retentionsfläche innerhalb des Niemarker Landgrabens in Betracht gezogen werden, damit vor Mündung in die Wakenitz verhindert wird, dass abgelagerter Schlamm und darin enthaltene schädliche Stoffe z.B. bei vermehrtem Starkregen in die Wakenitz geschwemmt wird.

5. Personal- und Sachkosten

Für alle oben genannten Maßnahmen ist der zusätzliche Personal- und Sachkostenbedarf bis zur Haushaltssitzung 2026 zu ermitteln und zu benennen. Mit dem Land Schleswig-Holstein und auf Bundesebene ist zu klären, ob Landes- oder Bundesmittel zur Verfügung gestellt bzw. beantragt werden können.

| | | |
|----------------------------|-----------------------|---|
| Abstimmungsergebnis | einstimmige Annahme | |
| | einstimmige Ablehnung | |
| | Ja-Stimmen | |
| | Nein-Stimmen | |
| | Enthaltungen | |
| | Kenntnisnahme | |
| | Vertagung | X |
| | Ohne Votum | |

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage mehrheitlich zu vertagen.

**zu 7.2 Antrag des AM Rolf Müller (FDP) zur Ausnahmegenehmigung des Einsatzes von Streusalz für Privatpersonen
Vorlage: VO/2026/14888**

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

zu 8 Polizeibeirat

Die nächste Teilnahme des Polizeibeirates ist für den 21.04.2026 geplant.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Sitzung vom 20.01.2026

AM Taç thematisiert die Sitzung vom 20.01.2026.

Aus ihrer Sicht sei es wünschenswert, wenn Themenschwerpunkte in der Sitzung behandelt würden, ggf. die Tagesordnung für die Sitzung einzukürzen. AM Zahn ergänzt hierzu seine Anmerkungen und Wünsche.

Die Vorsitzende stimmt den Beiträgen zu, weist aber auf die außergewöhnlichen Rahmenbedingungen für die Sitzung hin.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 17:34 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:36 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Frage von Frau Lietzke (Seniorenbeirat) im Nichtöffentlichen Teil zugelassen sei und Frau Lietzke somit zu dem TOP im NÖT teilnehmen werde. Aus dem Grund sei es gewünscht, den TOP 12.2 vorzuziehen und vor TOP 11 zu behandeln. Im Anschluss werde Frau Lietzke die Sitzung verlassen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung erhebt keine Einwände über das geplante Vorgehen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil keinen Beschluss gefasst habe. Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:14 Uhr.

Lübeck, den 10. März 2026

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung